

Sexuell Belästigte erhalten online Hilfe

Mit Bundesgeld wird eine Internet-Beratung aufgebaut, die Betroffenen von Sexismus in der Deutschschweiz dient.
Andreas Schmid

Mit einem «Schweizer Aufschrei» wehren sich vor allem Frauen seit zwei Wochen öffentlich gegen Sexismus und sexuelle Belästigung, die ihnen im beruflichen und im privaten Alltag widerfahren. Jetzt macht die Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich den Aufbau einer Internetplattform publik, die Opfern solcher Übergriffe Hilfe bieten wird. Am Projekt sind auch der nationale Berufsverband des Pflegefachpersonals sowie die «Frauenberatung sexuelle Gewalt» beteiligt. Der Bund steuert knapp 200 000 Franken an das Beratungs-Portal und eine begleitende Kampagne bei; das Geld kommt aus einem Fonds, der mit dem Gleichstellungsgesetz geschaffen wurde.

Den Betrieb aufnehmen soll das Online-Hilfsangebot laut Anja Derungs, der Leiterin der Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich, im Juli 2017. Die Vorarbeiten dafür laufen bereits seit einigen Monaten, lange bevor es zum Aufschrei gegen Sexismus und sexuelle Belästigung kam. Die jetzige Diskussion zeige, dass das Thema von latenter Bedeutung sei, sagt Derungs. Die Website solle Betroffenen in der ganzen Deutschschweiz die Möglichkeit eröffnen, sich anonym und vertraulich Rat und Hilfe zu holen. «Betroffene tun sich oft schwer, über sexuelle Belästigungen zu sprechen», stellt Derungs in ihren Beratungen fest. Schriftlich über ein Internetportal sei die Schwelle, Vorfälle zu melden, bestimmt tiefer. Offen steht die Beratung sowohl Angestellten aus der Privatwirtschaft als auch solchen von öffentlichen Betrieben.

Eine externe Projektleiterin stellt das Angebot für die Trägerschaft auf die Beine und baut ein Beratungsteam auf. Die Zürcher Fachstelle für Gleichstellung hilft bei der Realisierung, ihre zwei Fachpersonen in diesem Gebiet arbeiten an der Konzeption mit. Die Informationskampagne, die gleichzeitig mit dem Start des Portals lanciert werden und aus Plakaten sowie Kinospots bestehen soll, werde in einer einfachen Bildsprache gehalten, sagt Fachstellenleiterin Anja Derungs. Auf diese Weise wolle man erreichen, dass die Botschaft unabhängig von der Muttersprache verstanden und die neue Plattform weiterherum bekannt werde.



Verhaftete würden in der Türkei gefoltert, schreibt Amnesty International. Hier eine Festnahme bei einer Demonstration in der Stadt Diyarbakir. (26. 10. 2016)

Schweiz hält an Auslieferungen fest

Bund untersucht Menschenrechtslage in der Türkei und zieht bemerkenswerte Schlüsse

Die Schweiz will Verdächtige weiter an die Türkei ausliefern – obwohl es in den dortigen Gefängnissen regelmässig zu Folterungen kommt.

Lukas Häuptli

Ein paar Tage nach dem Putschversuch des Militärs zog der Staatschef die Notbremse. Am 21. Juli 2016 verhängte Recep Erdogan den Ausnahmezustand über die Türkei. Dieser gilt bis heute, und in den letzten dreieinhalb Monaten hat der türkische Staat mehr als 30 000 Menschen festgenommen. Es seien regelrechte Säuberungen gewesen, sagen Kritiker. Vor allem sollen viele der Verhafteten in den Gefängnissen gefoltert worden sein. Das schreiben die beiden Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch in ihren kürzlich erschienenen Berichten.

Wegen des Ausnahmezustands hat auch das Bundesamt für Justiz einen Bericht zur Menschen-

rechtslage in der Türkei in Auftrag gegeben, und zwar am 23. August beim Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). Letzte Woche ist der Bericht fertiggestellt worden. Über seinen Inhalt schweigen sich die Bundesbehörden allerdings aus; er ist als vertraulich klassifiziert.

Fest steht aber: Das Bundesamt für Justiz wird seine Auslieferungs- und Rechtshilfepraxis gegenüber der Türkei aufgrund des Berichts nicht ändern. Das sagt zwar niemand, aber es lässt sich aus der offiziellen Verlautbarung des Bundesamts schliessen. «Es ist daran zu erinnern, dass die gegenseitige Zusammenarbeit mit der Türkei durch verschiedene Staatsverträge geregelt ist, insbesondere durch die Übereinkommen des Europarats betreffend Auslieferung und Rechtshilfe», sagt Amtssprecher Folco Galli. «Die sich daraus ergebenden Verpflichtungen bestehen unverändert.» Das heisst nichts anderes als: Die Schweiz wird Verdächtige auch in Zukunft an

die Türkei ausliefern – und zwar ungeachtet der Vorwürfe, dass es in den dortigen Gefängnissen zu Folterungen kommt.

Die besagten Übereinkommen sehen unter anderem vor, dass ein Straftäter von einem Staat an einen anderen ausgeliefert wird, wenn er einer Tat verdächtigt wird, die in beiden Staaten strafbar ist. Diese sogenannte doppelte Strafbarkeit ist auch Voraussetzung für Rechtshilfeverfahren zwischen zwei Staaten.

Ein halbes Dutzend in Haft

In der Schweiz sitzen zurzeit rund ein halbes Dutzend türkische Staatsangehörige in Auslieferungshaft, wie Folco Galli sagt. Weitere Angaben zu den Verdächtigen macht er nicht, auch nicht dazu, welche Taten ihnen die Türkei vorwirft. Daneben sind in der Schweiz ein weiteres halbes Dutzend Auslieferungsgesuche der Türkei hängig.

Die letzte geplante Auslieferung eines Türken hatte das Bundesstrafgericht gestoppt. In seinem Entscheid vom 6. September

Parlament

Türkei wird Thema

Am nächsten Montag reist eine Delegation der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Ständerats in die Türkei und macht sich ein Bild der dortigen Lage. Ebenfalls mit der Türkei wird sich die APK des Nationalrats beschäftigen. Deren Mitglied, GP-Nationalrätin Sibel Arslan, sagt: «Der Bundesrat muss aktiv werden, damit sich die Türkei nicht zum autoritären Unrechtsstaat entwickelt.» (luh.)

verlangte es, dass das Bundesamt für Justiz die Menschenrechtslage in der Türkei nochmals abkläre. Danach müsse das Amt, das Anfang Jahr die Auslieferung des Türken beschlossen hatte, nochmals über den Fall entscheiden.

Der Entscheid der Schweiz, grundsätzlich an Auslieferungen

an die Türkei festzuhalten, ist nicht nur wegen der mutmasslichen Folterungen in den dortigen Gefängnissen bemerkenswert. Der türkische Staat hat seit dem Putschversuch im letzten Juli auch gegen zahlreiche Landsleute Haftbefehle erlassen, die nicht in der Türkei leben. Viele von ihnen sind angebliche oder tatsächliche Anhänger der Gülen-Bewegung; ihr wirft Erdogan vor, hinter dem Militärputsch zu stehen.

Verdächtige Foto

Auch in der Schweiz halten oder hielten sich verdächtige Türken auf. Einer von ihnen ist Ugur Tütüneker, der ehemalige Trainer des Challenge-League-Fussballklubs Wil. Als im letzten August bekannt wurde, dass gegen ihn Haftbefehl vorliegt, entliess ihn die Klubleitung. Anschliessend reiste Tütüneker in die Türkei zurück und wurde dort vorübergehend verhaftet. Ihm wird vorgeworfen, zusammen mit Fethullah Gülen, dem Begründer der Gülen-Bewegung, abfotografiert worden zu sein.

Gewerbeverband greift Bund an

In einem Brief an Bundesrat Johann Schneider-Ammann schlägt der Verband scharfe Töne an. Er fühlt sich bei der Berufsbildung übergangen.

René Donzé

Vor einem «Papiertiger» warnen die beiden Nationalräte Jean-François Rime (svp.) und Hans Ulrich Bigler (fdp.) in ihrem Brief an Bundespräsident Johann Schneider-Ammann (fdp.). Gemeint ist die geplante Vision Berufsbildung 2030, die Bund, Kantone, Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam erarbeiten wollen. Damit soll die Berufslehre fit für die Zukunft getrimmt werden.

Nun aber harzt es bereits bei der Organisation des Vorhabens. Rime ist Präsident des Schweizer



Johann Schneider-Ammann

Gewerbeverbands, Bigler ist dessen Direktor. Sie beschwerten sich bei Schneider-Ammann, dass das Gewerbe zum Erfüllungsgehilfen des Bundes degradiert werde. Der Grund für den Ärger: Die einzelnen Branchen sind in der vom Bund eingesetzten Expertengruppe nicht vertreten, sondern nur der Dachverband. Zu wenig sei das, findet Bigler: «Das Gewerbe

bildet 70 Prozent aller Lehrlinge aus, also soll es auch angemessen berücksichtigt werden.»

Der Bund stellt im Expertengremium 6 Vertreter, die Kantone stellen 7, Gewerkschaften und Arbeitgeber 6 Vertreter, einer von ihnen ist vom Gewerbeverband. Das sei ein «massives Ungleichgewicht», kritisiert Bigler. Es zeige, dass sich das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation in der befehlshabenden Funktion sehe. Das Gewerbe wolle aber nicht einfach die Ideen von Verwaltungsangestellten und Funktionären nachvollziehen.

Bigler erhofft sich, dass Schneider-Ammann als Bildungsminister durchgreift und den Gedanken der Verbundpartnerschaft durchsetzt. Das Staatssekretariat kontert die Kritik: Bigler sei zu

der Sitzung eingeladen worden, an der das Projekt aufgegleist wurde, doch habe ihm keiner der zahlreich angebotenen Termine gepasst. «Wie die anderen Organisationen der Arbeitswelt ist der Gewerbeverband sowohl in der Steuergruppe als auch in der Expertengruppe angemessen vertreten», sagt Sprecher Martin Fischer. Zudem hätte Bigler auch mehr Vertreter vorschlagen können. «Das ist mir neu», sagt Bigler. «Dann werde ich das nachholen.»

Das Staatssekretariat hat das externe Büro Ecoplan mit der Ausarbeitung der Strategie beauftragt, damit das Projekt eine neutrale Führung aufweist. Kostenpunkt: 200 000 Franken. Der Sprecher von Bundesrat Schneider-Ammann will nicht Stellung nehmen zum Brief.

Classe politique

Ernst Stocker, Stimmungskanone, hat eine feucht-fröhliche Woche hinter sich. Am Montag klatschte der Zürcher Regierungsrat am Konzert von Schlagerstar Beatrice Egli im Kongresshaus mit, am Mittwoch feierte er am Oktoberfest auf dem Bauschänzli. Kleingeister mögen nun einwenden, Stocker habe das Wort Feierabend falsch verstanden. Wir meinen: Vorbildlich, wenn der kantonale Finanzdirektor zumindest die Festwirtschaft ankurbelt.

Doris Leuthard, Attraktion, regt den Appetit an. Die CVP-Bundesrätin war diese Woche als Überraschungsgast an die Smart Energy Party geladen, ein Stell-dich-ein der Energiebranche. Und

allen #SchweizerAufschreien zum Trotz kündigte Gastgeber Kurt Lüscher die Bundesrätin dort zwischen Hauptgang und Dessert als «besonderen Leckerbissen» an. Leuthard konterte, als Zwischenmahlzeit sei sie nun noch nie vorgestellt worden; sie hoffe, sie sei wenigstens leicht verdaulich. Lüscher derweil hatte an seinem Spruch sichtlich noch länger zu kauen.



Ernst Stocker

Doris Leuthard